

## **Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Sozialausschusses vom 28.01.2020**

---

Öffentlicher Teil

TOP .      **Streetwork in Hagen**Bericht der Verwaltung

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Timm-Bergs begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Schmidt, Frau Kazda und Frau Maißer.

Die beiden Kolleginnen berichten von ihrer Tätigkeit als Steetworkerinnen (**siehe Anlage 1 und 2 zu TOP 7**).

Frau Kaufmann fragt, wie viele Kunden vor Ort seien. Wie viele davon seien Männer und wie viele Frauen? Außerdem habe man die Sorge gehabt, dass die beiden Kolleginnen als Frauen in besonders schwierige Situtationen kommen könnten. Sei diese Sorge berechtigt gewesen?

Frau Meißer antwortet, dass man im Schnitt an der Bohne bei täglich zwanzig Leuten liege. Das sei natürlich auch abhängig von der Jahreszeit und der Witterung. Auffällig sei, dass es sich um wesentlich mehr Männer als Frauen handle. Die Tatsache, dass sie Frauen seien, habe sich bei der Arbeit eher als Vorteil erwiesen. Es sei leichter, Beziehungen zu der Zielgruppe aufzubauen. Das Vertrauen sei stetig gestiegen und das Hilfsangebot werde gut angenommen.

Frau Timm-Bergs bedankt sich für den interessanten Vortrag.

Auf die Frage von Herrn Quadt, welche Ursache es gebe, dass dort wesentlich mehr Männer zu finden seien, erklärt Frau Meißer, dass sie die Gründe dafür nicht kenne. Damit habe man sich auch noch nicht beschäftigt. Sicher gebe es dazu auch Studien.

Frau Cramer spricht den Wunsch nach einem Sommerfest an. Wie solle das gestaltet und finanziert werden?

Frau Kazda berichtet, dass es bei dem Aktionstag Kuchenspenden gegeben habe. Zudem stehe ein Budget zur Verfügung, aus dem auch der Kaffeeausschank finanziert werde. Man werde das dann bei der Budgetplanung berücksichtigen.

Frau Kaufmann dankt für den Bericht und die geleistete Arbeit. Sie erinnere sich an ein Beispiel in Berlin mit der möglichen positiven Auswirkung der treetworkertätigkeit. Gebe es so etwas wie eine Identifikation der Menschen mit ihrem jeweiligen Hauptaufenthaltsort und die Fürsorge für die Sauberkeit des Ortes? An der Springe habe man derzeit große Probleme durch die Nähe zur Stadtbücherei

und das Nichtvorhandensein einer öffentlichen Toilette. Man habe dort bereits die Hilfe von Ordnungsamt und Polizei benötigt, um die Leute aus der Bücherei zu holen. Sie fragt, ob den Kolleginnen das Problem bekannt sei. Sie äußert die Bitte, dass Frau Kazda und Frau Meißer einmal in dem Zusammenhang Kontakt zu der Leiterein der Bücherei Frau Steffes aufnehmen würden. Das sei Teil des Netzwerkes, das sicherlich sinnvoll sei. Das sei eines der großen Sorgenthemen.

Frau Meißer bestätigt, dass sich die Klienten sehr darum kümmern, die Flächen sauber zu halten. Wenn es keine Toilette gebe, entstehe automatisch eine Problematik. Sie hoffe, dass das Problem mit der Toilettenfrae irgendwann angegangen werde. Sie sichert Frau Kaufmann zu, sich mit Frau Steffes wegen der bestehenden Probleme in Verbindung zu setzen.

Herr Schmidt ergänzt, dass ihn das Thema der öffentlichen Toilette bereits seit Jahren sehr intensiv beschäftige. In Berlin seien die Toiletten abgeschlossen. Er habe zeitnah einen Termin mit Kollegen des Fachbereiches Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung, um sich über dieses Problem auszutauschen.

Frau Engelhardt möchte wissen, ob auch Kinder aufgefallen seien, die allein unterwegs und obdachlos seien .

Frau Meißer antwortet, dass ihr in den sieben Monaten, die sie in dem Bereich tätig seien, kein Kind aufgefallen sei, die den Einschein erweckten, obdachlos zu sein. Bisher seien sie allerdings auch überwiegend an der Bohne und am Tunnel am Bodelschwinghplatz tätig gewesen, so dass sich das ändern könnte, wenn weitere Ort erschlossen würden.

Herr Thieser erinnert daran, dass das Thema der öffentlichen Toiletten in den Stadtteilen bereits vor acht oder neun Jahren in Form einer Initiative durch die Hagen Agentur gegangen sei. Als die damit betraute Kollegin krank geworden sei, sei das Thema eingeschlafen. Das könnte ja noch einmal aufgegriffen werden.

Er stellt fest, dass man ja sicher aus der Streetworkertätigkeit Erkenntnisse sowohl über die Situation der Betroffenen, als auch über die Rahmenbedingungen gewinne. Er fragt, wann die Streetworker einschätzten, über die Sozialstruktur der Betroffenen, den vorhandenen Rahmenbedingungen und den Ursachen bestimmter Verhaltensweisen berichten zu können und konkrete Vorschläge dazu zu machen.

Man wolle nicht nur den Status Quo verwalten, sondern auch irgendwann die Situation überspringen.

Frau Meißer betont, dass das ihres Erachtens noch eine ganze Zeit dauern werde. Das erfordere noch wesentlich mehr Vertrauen der Menschen, mitzuteilen, was sie in die Situation gebracht habe. Jedes Suchtgeschichte sei auch sehr individuell. Ihre Aufgabe als Streetworker sei die, die Klienten dort abzuholen, wo sie ständen und ihr Leben insoweit zu verbessern, dass sie in der Lage seien, Hilfesysteme zu nutzen. Es sei schwierig, eine solche Prognose abzugeben. Es werde auch immer Menschen geben, die sich nicht weiterentwickeln , sondern in der Lebenssituation bleiben wollten. Das müsse man akzeptieren.

Herr Schmidt ergänzt, dass Ziel der Arbeit sei, die vorhandenen Probleme zu schmälern. Manche Dinge müsse man akzeptieren. Die Hoffnung, dass diese Treffpunkte sich ganz auflösen, sei unrealistisch.

Frau Timm-Bergs fragt, ob an solchen Aktionstagen die Substituierten unter sich blieben oder ob auch Kontakte zu Menschen aus der Umgebung entstünden.

Frau Kazda berichtet, dass an dem Aktionstag im Oktober neben Anwohnern aus der Umgebung auch die Kollegen der beiden Fachbereiche vorbei gekommen seien. Den Klienten sei es wichtig gewesen, mögliche Hemmschwellen, die gegenüber ihrer Person bestehen, durch solche Aktionen abzubauen.

Frau Timm-Bergs merkt an, dass Herr Schmidt berichtet habe, dass es keine Konflikte mit den Jugendlichen auf dem „Pumptrack“ gebe. Sie möchte wissen, ob die Streetworkerinnen den Eindruck hätten, dass der Treffpunkt mittlerweile auf eine höhere Akzeptanz stoße.

Frau Kazda teilt mit, dass es ein friedliches Nebeneinander der verschiedenen Gruppen sei. Es habe bisher keine Probleme gegeben.

Frau Cramer erinnert daran, dass man vor ca. zwei Jahren im Sozialausschuss das Ziel verfolgt habe, dass dieser Treffpunkt neben der Sport- und Freizeitanlage nicht auf Dauer ein Treffpunkt für dieses Klientel sein sollte.

Herr Goldbach schildert, dass es seinerzeit eine sehr lange und strittige Diskussion dazu gegeben habe, bei der man nicht zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen sei. Alle Versuche, beide Meinungen zueinanderzubringen, seien letztendlich gescheitert. Am Ende habe es den Antrag einer Fraktion gegeben, der dann den Konflikt insoweit aufgelöst habe, dass man sich darauf verständigt habe, dass die Verwaltung nach Einführung der Streetworkarbeit nach einem gewissen Zeitraum einen Erfahrungsbericht abgeben solle.

Frau Cramer ergänzt, dass die Entscheidung über die Installation einer Toilettenanlage für 125.000 € zurückgezogen worden sei. Über all diese strittigen Punkte habe man in vielen Sitzungen diskutiert.

Herr Thieser weist darauf hin, dass er aus seiner Erfahrung heraus davon ausgehe, dass man dieses Problems nie lösen werde. Wenn diese Menschen den Treffpunkt dort nicht mehr nutzen könnten, würden sie sich einen anderen Treffpunkt suchen. Seine Idee sei gewesen, aus den gewonnenen Erkenntnissen notwendige Änderungen der Rahmenbedingungen durch die Kommunalpolitik vorzunehmen. Daher wüsste er gern, welchen Zeitrahmen man dafür zugrundelege.

Frau Meißer antwortet, dass sie davon ausgehe, dass das im Laufe dieses Jahres möglich sei.

Herr Schmidt ergänzt, dass er sich in dem Zusammenhang eine Reihe von Ideen vorstellen könne.

TOP

**Siehe Anlage.**

Anlage 1      Anlage zu TOP 7 SOA 28.01.2020

Anlage 2      Anlage 2 zu TOP 7 SOA 28.01.20